



Region Hannover

+ + + Presseinformation + + +

Region Hannover · Postfach 147 · 30001 Hannover

Der Regionspräsident

Service/Team	Kommunikation
Dienstgebäude	Hildesheimer Str. 20
Ansprechpartnerin	Christina Kreutz
Mein Zeichen	13.01
Durchwahl	(0511) 616-2 24 88
Telefax	(0511) 616- 2 24 95
Mobil	0171-3397215
E-Mail	Christina.Kreutz @region-hannover.de
Internet	www.hannover.de

Hannover, 17.04.2014

Nr.: 158/2014

Planung für eine Stromtrasse durch Deutschland tangiert das Regionsgebiet **SuedLink: Region fordert Transparenz bei Trassenplanung**

Region Hannover. Die Region Hannover fordert mehr Transparenz bei der Planung der Stromtrasse SuedLink durch Deutschland. „Die Planer von TenneT müssen offenlegen, welche Alternativtrassen sie geprüft haben und warum in der Abwägung die Entscheidung für den jetzt diskutierten Korridor gefallen ist“, sagt Regionspräsident Hauke Jagau. Er hat nun eine entsprechende Beschlussdrucksache für die Regionsversammlung vorgelegt. Wenn die Politik dem Vorschlag folgt, wird die Regionsverwaltung beauftragt TenneT aufzufordern, die Alternativen der großräumigen Trassenrouten für das Gesamtprojekt SuedLink, ihre Bewertung und die Begründung für die Wahl des Vorzugskorridors Mitte/West der Region Hannover und den betroffenen Landkreisen bis Ende Juni 2014 schriftlich offenzulegen und die entscheidungsrelevanten Unterlagen beizufügen.

Mit der Stromtrasse Suedlink soll ab 2022 auf einer Länge von 800km der Strom von den Produzenten im Norden der Bundesrepublik in südlich gelegene Verbrauchszentren transportiert werden. Das länderübergreifende Netzausbauprojekt wird von den Übertragungsnetzbetreibern TenneT und TransnetBW geplant. Die Federführung für den Stromnetzausbau liegt bei der Bundesnetzagentur. Im Februar 2014 wurde der bevorzugte Trassenverlauf bekannt gegeben. Nach einer vergleichenden Bewertung von Alternativkorridoren seien die Vorhabenträger zu dem Ergebnis gekommen, dass die SuedLink-Trasse den maßgeblichen Planungs- und Umweltkriterien am besten gerecht wird, heißt es bei TenneT. Über die Gründe für die bereits getroffene Auswahl der Vorzugsvariante wurde aus Sicht der Region bisher nicht ausreichend informiert.

„Solche Projekte sind für den Erfolg der Energiewende von zentraler Bedeutung. Gerade deshalb ist ein Höchstmaß an Transparenz und Offenheit gegenüber den Menschen

Sprechzeiten

Mo. u. Fr. 9 bis 12 Uhr
Mi. u. Do. 9 bis 15.30 Uhr
und nach Vereinbarung

Station Aegidientorplatz

Bus 100, 120, 200
Stadtbahn 1, 2, 4, 5, 6, 8, 10, 11, 17
Schlägerstraße auch 1, 2, 8



notwendig, die in den betroffenen Gebieten leben“, betont Regionspräsident Jagau. Es werde derzeit allerdings nur über die genaue Trassenführung in einem engen Korridor (SuedLink) diskutiert: „Es reicht einfach nicht, in den Gemeinden über den genauen Verlauf kleiner Abschnitte zu diskutieren und auf das notwendige Ganze hinzuweisen“, so Jagau weiter.

Alternativkorridore müssen in den Antragsunterlagen an die Bundesnetzagentur dargelegt werden. Außerdem ist die Auswahl unter Berücksichtigung erkennbarer Umweltauswirkungen und der zu bewältigenden raumordnerischen Konflikte zu begründen. Im derzeitigen Planungsstadium werden Alternativkorridore allerdings nicht mehr näher betrachtet. Die Bundesnetzagentur entscheidet, welche Trassenkorridore systematisch untersucht werden und ist an den Antrag des Vorhabenträgers nicht gebunden.

Auch in weiteren betroffenen Landkreisen wird kritisiert, dass die Auswahl der Vorzugsvariante nur allgemein begründet wird und die vergleichenden Bewertungen der einzelnen Korridore bislang nicht öffentlich gemacht worden sind. „Wenn eine Abwägung der Alternativen stattgefunden hat, sollte sich diese auch fachlich begründen lassen. Das wollen wir in einem ersten Schritt zumindest nachvollziehen können“, sagt Regionspräsident Jagau.

Der Beschlussvorschlag soll nun zunächst in den Ausschüssen für Regionalplanung und Umwelt diskutiert werden. Ein Beschluss wäre in der Regionsversammlung am 27. Mai zu treffen. Aus Sicht von Jagau ist eine enge Abstimmung des weiteren Vorgehens mit den betroffenen Kommunen in der Region und den betroffenen benachbarten Landkreisen unerlässlich. Außerdem müsse genau geprüft werden, wo in siedlungsnahen Bereichen eine Erdverkabelung möglich ist.